



Suchergebnisse: Anschlag

14. Oktober 1589 – Kostenvoranschlag für den Bau des Hofbräuhauses

München-Graggenau * Ein Kostenvoranschlag für den Bau des Hofbräuhauses wird vorgelegt.

Dezember 1619 – Der Kostenvoranschlag für den Festungsausbau

München * Das Ergebnis der von Herzog Maximilian I. befohlenen Schätzung der für den Festungsbau benötigten Grundstücke liegt vor. Es beläuft sich auf 25.990 Gulden.

25. April 1759 – Johann Michael Fischers Planungen für die Georgskirche

Bogenhausen * Der damals bedeutendste Kirchenarchitekt Baierns, der Churkölnische Hofbaumeister und Bürger von München, Johann Michael Fischer, legt einen Voranschlag für die Erhöhung des Langhauses der Georgskirche und eine neue Gewölbeanlage vor.

1781 – Die Gemäldegalerien werden für das Volk frei zugänglich

München-Graggenau - München-Maxvorstadt * Die Gemäldegalerien in den nördlichen Hofgartenarkaden werden für das Volk frei zugänglich. Sie werden zu einem Anziehungspunkt und Ausflugsort für die mondäne Münchner Bevölkerung und der städtischen Eleganz. In den Arkaden hat Kurfürst Carl Theodor Anschläge anbringen lassen, wonach es verboten ist, im Hofgarten zum Grüßen den Hut zu ziehen.

Juni 1826 – Die Kostenvoranschläge für das Max-Joseph-Denkmal liegen vor

München-Graggenau * Die Kostenvoranschläge für das Max-Joseph-Denkmal liegen vor. Für die Herstellung der Modelle und deren Transport von Berlin nach München sind 72.121 Gulden veranschlagt worden. Für den Guss hat man 150.485 Gulden ausgerechnet. Mit dem Guss des „Denkmals für König Max I. Joseph“ wird der Goldschmied, Bildhauer und Münzschnitzer Johann Baptist Stiglmaier beauftragt. Er hat sich, nachdem die Tradition der bedeutenden Münchner Erzgießerei des 17. und 18. Jahrhunderts längst abgerissen war, in



Neapel und Berlin zum Bronzegießer ausbilden lassen. Gefördert hat ihn der „Leiter der Königlichen Münze“, Heinrich Joseph von Leprieur, der ihm auch im Jahr 1810 einen Studienplatz an der „Kgl. Akademie der Bildenden Künste“ verschafft hat.

1. Februar 1834 – Die Einreichungsfrist für die Ruhmeshalle endet

München-Ludwigsvorstadt * Die Einreichungsfrist für die Planungsentwürfe zur Ruhmeshalle samt eines Kostenvoranschlags ist abgelaufen.

8. März 1834 – Klenze gewinnt den Wettbewerb zur Ruhmeshalle

München-Ludwigsvorstadt * Die Entscheidung für den griechischen Hauptentwurf zur Ruhmeshalle mit der Kolossalstatue fällt zugunsten von Leo von Klenze aus. Ausschlaggebend für die Annahme und Umsetzung von Klenzes Planungen ist sicherlich auch der Kostenvoranschlag, der sich mit 600.000 Gulden auf weniger als ein Drittel von Gärtners Summe beläuft. Auf dem Entwurf zur Ruhmeshalle ist bereits der erste Entwurf Leo von Klenzes zur „Bavaria“ überliefert. Sein Entwurf der Erzdame weicht jedoch noch stark von der Gestalt der späteren Ausführung ab.

Mai 1834 – Die Kosten müssen reduziert werden

München-Graggenau * Leo von Klenze legt einen bewusst knapp kalkulierten Voranschlag über 95.000 Gulden vor. Der Betrag ist aus dem Verkauf des alten Postgebäudes zu kompensieren. Der mit der Bauausführung beauftragte Joseph Daniel Ohlmüller legt einen Kostenvoranschlag über 123.992 Gulden vor, der auf Einspruch des Königs, der Veränderungen an der Fassade der Residenzgasse untersagt, auf 107.918 fl. korrigiert wird.

11. August 1834 – Die Angst vor den Habern wächst ins Unermessliche

Schloss Maxrain * Auf den Maxrainer Schlossherrn, Carl Theodor Graf von Lodron, wird ein Überfall versucht und am 11. August 1834 in einem Drohbrief ein Brandanschlag angekündigt. Jetzt wächst die Angst vor den Habern ins Unermessliche. Auch, weil das Schloss Valley bereits am 17. Juli 1834 abgebrannt war.



21. August 1834 – Ein Anschlag auf den Brauereiaufseher von Valley

Valley * Auf den Brauereiaufseher von Valley wird ein Anschlag verübt. Wieder verdächtigt man Haberer.

22. November 1846 – „Ich bin die Mätresse des Königs. Lola Montez“

München-Maxvorstadt * Auf einem Plakatanschlag an der Schönbühlstraße 25 ist zu Lesen: „Ich bin nicht irgendein gnädiges Fräulein, ich bin die Mätresse des Königs. Lola Montez“.

4. April 1847 – Der Münchner Bahnhof fällt einem Brandanschlag zum Opfer

München-Maxvorstadt * Einem Brandanschlag auf den Münchner Bahnhof, eine Holzkonstruktion etwa auf der Höhe der heutigen Hackerbrücke, fällt nicht nur das Gebäude, sondern auch sechs Waggons samt der darauf gelagerten 300 Scheffel Weizen zum Opfer. Vermutlich machen die unbekannt gebliebenen Täter die Eisenbahn für die seit mehreren Jahren anhaltende Teuerung des Getreides verantwortlich. Denn schon bald hieß es: „Zu meinen Zeiten hast nix von Dampfwagen g'hört! Alles ist ruhig sein Weg gegangen; aber desto mehr Dampfnudeln hat's geben; und je mehr Dampfwagen herkommen, desto rarer werden die Dampfnudeln! Die Zeit wird immer schlechter!“

15. November 1847 – Der abgebrannte Bahnhof wird behelfsmäßig wiederhergestellt

München-Maxvorstadt * Zur Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebs lässt man den alten, aus Holz erbauten und auf dem Marsfeld stehenden Bahnhof behelfsmäßig wiederherstellen und gleichzeitig die Gleise zur Schießstätte verlängern. Der Bahnhof war am 4. April 1847 einem Brandanschlag zum Opfer gefallen. Am neuen Standort werden die behelfsmäßigen Betriebs- und Empfangsräume eingerichtet, um den Bahnverkehr an diesem Tag dort aufzunehmen. Als Architekten für das neue Bahnhofsgebäude wird der Friedrich-von-Gärtner-Schüler, Friedrich Bürklein, beauftragt. Es sollte der spektakulärste Bahnhofsbau werden, den er von 1847 bis 1849 im Rundbogenstil ausführt. Die kühn konstruierte und wegen ihrer Zweckmäßigkeit von den Zeitgenossen bewunderte Bahnsteighalle darf mit Recht als eine der ersten Ingenieurbauten bezeichnet werden, das den Bedürfnissen der Zeit entspricht. Auf dem Platz des neuen Bahnhofs haben die Münchner Armbrustschützen, später Feuerschützen, ihre Schießstatt. Die Schützengesellschaft lässt sich dafür auf der



Theresienhöhe ein Neues Schießhaus von Bürklein errichten.

1851 – Erste Entwürfe und Standortsuche für das Künstlerhaus

München-Graggenau * Als einer der ersten ernsthaft geprüften Standorte für das Künstlerhaus rückt die Maximilianstraße in den Fokus. Ihr Architekt, Oberbaurat Friedrich Bürklein, legt einen ersten Entwurf für das geplante Künstlerhaus vor. Das Projekt wird jedoch nicht umgesetzt. Die veranschlagten Baukosten betragen rund 70.000 Gulden - für die damalige Zeit eine beachtliche Summe. In den folgenden Jahren steht die Suche nach einem geeigneten, repräsentativen Bauplatz im Mittelpunkt der Bemühungen der Münchner Künstlerschaft.

1859 – Bis zu 17.000 Arbeiterinnen und Arbeiter bauen an der Ostbahn

Geiselhöring - Passau - Regensburg * Ab dem Verkehrsknotenpunkt Geiselhöring wird auf zwei Strecken die Ostbahn weitergebaut. Die eine Strecke führte nach Passau, die andere nach Regensburg, Amberg und Nürnberg. Mit einem Aufgebot von bis zu 17.000 Arbeiterinnen und Arbeitern wird das 453 Kilometer umfassende Grundnetz der Bayerischen Ostbahnen fertiggestellt werden. Paul Camille von Denis schafft das in einer fünfeinhalbjährigen Bauzeit. Der Direktor der Ostbahngesellschaft unterschreitet damit nicht nur die zeitliche Vorgabe der staatlichen Eisenbahn-Commission, die dafür eine Bauzeit von sieben Jahren vorgesehen hatte, sondern auch die Baukosten gegenüber dem Voranschlag von 46,5 Millionen Gulden um 12,8 Millionen Gulden. Das sind nahezu dreißig Prozent. Damit ist Paul Camille von Denis, dem „Altmeister des Eisenbahnbaus“, die allgemeine Anerkennung sicher. In Zeitungsartikeln halten sich die Zeitgenossen mit ihrer Bewunderung für diese Leistung nicht zurück: „Der Erfahrungssatz, der leider bei uns in Deutschland viel zu wenig bekannt oder anerkannt scheint - ‚Zeit ist Geld‘ -, spricht sich in allen Anordnungen der Ostbahn-Direction aus.“

15. Juni 1869 – Kostenvoranschlag für einen Byzantinischen Palast im Graswangtal

Schloss Linderhof * Georg Dollmann legt König Ludwig II. einen Kostenvoranschlag für einen Byzantinischen Palast im Graswangtal vor.



Mai 1909 – Fleischers repräsentative Künstlerresidenz

München-Bogenhausen * Der Panoramenmaler, königliche Professor und Farbenfabrikant Ernst Philipp Fleischer lässt sich auf dem Grund des ehemaligen Schlosses Stepperg eine repräsentative Künstlerresidenz errichten. Er will damit andere Künstlerfürsten in den Schatten stellen. Fleischers Domizil sollte - einschließlich des Ateliers - eine Länge von 86 Metern und eine Breite von 21 Metern aufweisen. Hinzu kamen großzügige Freitreppen und eine gedeckte Auffahrt. Für das Hochparterre war eine Wohnfläche von fast 1.600 Quadratmetern vorgesehen. Das Atelier, mit rund 150 Quadratmetern Grundfläche, war seitlich am Hauptbau angesetzt und mit diesem verbunden, jedoch so gestaltet, dass es nicht sofort als solches erkennbar war, sondern als effektvolle architektonische Beigabe erschien. Geplant waren außerdem Stall- und Remisegebäude, ein Gewächshaus sowie eine Portierwohnung an der Ismaninger Straße. Die Rohbaukosten des Schlosses wurden auf 802.000 Goldmark veranschlagt; für den Innenausbau rechnete man überschlägig mit weiteren 791.000 Goldmark - konkrete Ausführungspläne lagen jedoch noch nicht vor.

14. April 1914 – Erzherzog Franz Ferdinand besucht München

München-Ludwigsvorstadt * Der österreichische Erzherzog Franz Ferdinand trifft mit einem Sonderzug auf dem Münchner Hauptbahnhof ein. Der weithin als reaktionär geltende Erzherzog wird ein viertel Jahr später in der bosnischen Hauptstadt Sarajewo samt seiner Ehefrau Sophie von Hohenberg Opfer eines Anschlags werden.

31. August 1918 – Präsident Wilson bezeichnet Deutschland als verbrecherische Macht

Washington * Der US-Präsident Woodrow Wilson bezeichnet das Deutsche Reich als „verbrecherische Macht“, weil es ein Anschlag auf das Recht freier Männer zur Gestaltung des eigenen Schicksals ist. „Es ist ein Krieg, die Nationen und Völker der Welt gegen jede solche Macht, wie die heutige deutsche Autokratie sie darstellt, zu sichern, es ist ein Bekenntniskrieg, und ehe er gewonnen ist, können die Menschen nirgends frei von Furcht leben.“

3. November 1918 – Erste Friedensdemonstration der USPD seit den Januarstreiks

München-Theresienwiese * Um 10 Uhr Vormittag findet auf der Theresienwiese, an der Freitreppe unterhalb der Bavaria, die erste Friedensdemonstration der USPD seit den



Januarstreiks statt. Lediglich 800 bis 1.000 Personen nehmen daran teil. Das liegt daran, dass das Generalkommando den Anschlag von Plakaten verboten hatte. Da die finanziellen Mittel zum Druck von Flugblättern fehlten, konnten die Einladungen zu dieser Kundgebung mit hektographierten Handzetteln erfolgen. Hans Unterleitner erklärt am Versammlungsbeginn, dass die Veranstaltung nur unter folgenden Bedingungen des Polizeipräsidiums genehmigt worden ist:

Keine Entschließung zu fassen, dass die heutige Regierung durch eine Volksregierung ersetzt werden müsse, keine Aufforderung an die Soldaten ergehen zu lassen, die Waffen niederzulegen, keine Demonstrationen zu veranstalten beziehungsweise hierzu aufzufordern.

Kurt Eisner betont in seiner Rede den Friedenswillen des deutschen Volkes und sagt: „Von der eingerosteten deutschen Regierung in Berlin sind Taten zur Herbeiführung des Friedens nicht zu erwarten, deshalb muss eine Volksregierung in Bayern sofort Frieden schließen“ und fordert auf zum „Sturz der Monarchie“ und zur „politischen Revolution“. Das Abkommen über parlamentarische Reformen vom Vortag bezeichnet er als „unaufrichtig und unzureichend“. In Hinblick auf die am 30. Oktober in Wien gebildete Staatsregierung der Provisorischen Nationalversammlung für Deutschösterreich sagt Eisner: „Wir grüßen über die Grenze die neue österreichische Republik und fordern, dass eine vom Volk einzusetzende bayerische Regierung mit den deutschen Republikanern Österreichs gemeinsam den Frieden im Namen Deutschlands verkündet, sofern in Berlin nicht der Wille oder die Macht vorhanden ist, den Frieden sofort zu erreichen“. Aufgrund des Demonstrationsverbots wird im Anschluss an die Versammlung ein Spaziergang nach Stadelheim angetreten.

7. Dezember 1918 – Plakate sollen die Bevölkerung beruhigen und informieren

Berlin * Noch in der Nacht zum 7. Dezember lässt der Rat der Volksbeauftragten Plakate anschlagen. Sie sollen einerseits die Lage beruhigen und andererseits die Bevölkerung darüber informieren, dass die Vorfälle und die Todesfälle vom 6. Dezember mit strengster Härte verfolgt werden.

28. Dezember 1918 – Erste Bewerber für die Bürgerwehr

München * An allen Anschlagtafeln Münchens findet sich ein Aufruf zur Schaffung einer Bürgerwehr, die die bestehende Staatsform „gegen jeden Angriff verteidigen“ will. Die Botschaft spricht sich schnell herum. Noch am selben Tag melden sich die ersten Bewerber im vorsorglich schon eingerichteten Büro der Bürgerwehr an der Salvatorstraße. Die Münchner Kasernenräte lehnen eine Bürgerwehr umgehend ab.



6. Februar 1919 – Die Mittelschüler machen mobil zum Schulstreik

München * Die Mittelschüler machen mobil. In einem Anschlag heißt es: „Mittelschüler, werdet wach! Auch unsere Stunde ist gekommen! Befreiung von dem anmaßenden Stumpfsinn der Schule! Macht Euch bereit zum Schulstreik!“

21. Februar 1919 – Ministerpräsident Kurt Eisner wird von Anron Graf Arco auf Valley ermordet

München-Kreuzviertel * Kurt Eisner verlässt an diesem föhnigen Vorfrühlingstag, kurz vor zehn Uhr, seinen Amtssitz im Montgelas-Palais und begibt sich von dort zum Landtagsgebäude an der Prannerstraße. In seiner Aktentasche befindet sich sein bereits unterschriebenes Schreiben vom Rücktritt als Ministerpräsident des Freistaates Bayern. Er will dabei jedoch nicht seinen Rückzug aus der Politik signalisieren. Begleitet wird Eisner von seinem Sekretär Felix Fechenbach und dem Leiter des Ministerpräsidentenbüros, Bruno Merkle. Da Eisner in den vergangenen Tagen und Wochen mehrere Morddrohungen erhalten hatte, gehen zwei bewaffnete Ordonnanzen als Leibwächter voraus. Angesichts der drohenden Gefahr schlagen Eisners Begleiter einen Schleichweg zum Landtag vor. Das lehnt Eisner entschieden ab, denn: „Man kann einen Mordanschlag auf die Dauer nicht ausweichen, und man kann mich ja nur einmal totschießen.“ Kurz nachdem die Gruppe um Eisner in die damalige Promenadenstraße eingebogen ist, pirscht sich Anton Graf von Arco auf Valley an den Ministerpräsidenten heran und schießt ihm aus kürzester Entfernung zweimal in den Hinterkopf. Im Nacken und unter dem rechten Ohr getroffen bricht Kurt Eisner sofort tot zusammen.

5. April 1919 – Errungenschaften der Revolution auf Dauer erhalten

München * Am 5. und 6. April findet der Gaudtag der Sozialdemokraten Südbayerns statt. Die Versammelten erklären sich mit der Errichtung einer Räterepublik einverstanden, wenn sich die drei sozialistischen Parteien [SPD, USPD und Kommunisten] an der Durchführung beteiligen. Es geht ihnen um den Erhalt der „Errungenschaften der Revolution gegen alle Anschläge der Reaktion“.

6. April 1919 – Ein Aufruf „An das Volk in Baiern!“ zur Gründung der Räterepublik

München * „Der revolutionäre Zentralrat Baierns“ veröffentlicht einen Aufruf „An das Volk in Baiern!“ zur Gründung der Räterepublik. Darin heißt es: „Die Entscheidung ist gefallen.



Baiern ist Räterepublik. Das werktätige Volk ist Herr seines Geschickes. Die revolutionäre Arbeiterschaft und Bauernschaft Baierns, darunter auch alle unsere Brüder, die Soldaten sind, durch keine Parteigegensätze mehr getrennt, sind sich einig, dass von an jegliche Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende haben muss. Die Diktatur des Proletariats, die nun zur Tatsache geworden ist, bezweckt die Verwirklichung eines wahrhaft sozialistischen Gemeinwesens, in dem jeder arbeitende Mensch sich am öffentlichen Leben beteiligen soll, einer gerechten sozialistisch-kommunistischen Wirtschaft. Der Landtag, das unfruchtbare Gebilde des überwundenen bürgerlich-kapitalistischen Zeitalters, ist aufgelöst, das von ihm eingesetzte Ministerium zurückgetreten. Von den Räten des arbeitenden Volkes bestellte, dem Volk verantwortliche Vertrauensmänner erhalten als Volksbeauftragte für bestimmte Arbeitsgebiete außerordentliche Vollmachten. Ihre Gehilfen werden bewährte Männer aus allen Richtungen des revolutionären Sozialismus und Kommunismus sein; die zahlreichen tüchtigen Kräfte des Beamtentums, zumal der unteren und mittleren Beamten, werden zur tatkräftigen Mitarbeit im neuen Baiern aufgefordert. Das System der Bürokratie aber wird unverzüglich ausgetilgt. Die Presse wird sozialisiert. Zum Schutz der baierische Räterepublik gegen reaktionäre Versuche von außen und von innen wird sofort eine rote Armee gebildet. Ein Revolutionsgericht wird jeden Anschlag gegen die Räterepublik sofort rücksichtslos ahnden. Die Baierische Räterepublik folgt dem Beispiel der russischen und ungarischen Völker. Sie nimmt sofort die brüderliche Verbindung mit diesen Völkern auf. Dagegen lehnt sie jedes Zusammenarbeiten mit der verächtlichen Regierung Ebert, Scheidemann, Noske, Erzberger ab, weil diese unter der Flagge einer sozialistischen Republik das imperialistisch-kapitalistisch-militaristische Geschäft des in Schmach zusammengebrochenen deutschen Kaiserreichs fortsetzt. Sie ruft alle deutschen Brudervölker auf, den gleichen Weg zu gehen. Allen Proletariern, wo immer sie für Freiheit und Gerechtigkeit, wo immer sie für den revolutionären Sozialismus kämpfen, in Württemberg und im Ruhrgebiet, in der ganzen Welt, entbietet die Baierische Räterepublik ihre Grüße. Zum Zeichen der freudigen Hoffnung auf eine glückliche Zukunft für die ganze Menschheit wird hiermit der 7. April zum Nationalfeiertag erklärt. Zum Zeichen des beginnenden Abschied vom fragwürdigen Zeitalter des Kapitalismus ruht am Montag, den 7. April 1919, in ganz Baiern die Arbeit, soweit sie nicht für das Leben des werktätigen Volkes notwendig ist, worüber gleichzeitig nähere Bestimmungen ergehen. Es lebe das freie Baiern! Es lebe die Räterepublik! Es lebe die Weltrevolution!

9. April 1919 – Die Kapitalflucht soll unterbunden werden

München * Ernst Tollers erste Verordnung betrifft den Bankensektor. Ein Anschlag des Revolutionären Zentralrats gibt bekannt, dass „Der revolutionäre Bankrat für Baiern“ in



München Vertrauensleute bestimmt hat, die „die Auszahlung von Geldern bei den Banken zu überwachen haben, um zu verhindern, dass landesverräterische Kapitalisten ihr Geld ins Ausland verbringen“. Damit soll die Kapitalflucht verhindert werden. Es dürfen nur noch Beträge bis zu 100 Mark täglich oder 700 Mark wöchentlich abgehoben werden. Von dieser Regelung ausgenommen sind ausstehende Rechnungen, Kreditrückzahlungen und Zinstilgungen sowie Lohnzahlungen und Zahlungen im Geschäftsverkehr von Firmen. Die zuletzt genannten müssen vom Betriebsrat gegengezeichnet werden.

10. April 1919 – Ein Anschlag auf Erhard Auer kann verhindert werden

München * Am Abend wird in der Chirurgischen Klinik ein Anschlag auf Erhard Auer verhindert. Die bewaffneten Eindringlinge können überwältigt und verhaftet werden.

13. April 1919 – Flugblatt: Verhängung des Kriegszustandes über München

München * Anschläge - mit der Unterschrift „Die Garnison München“ - verkünden die Verhängung des Kriegszustandes über München. Die Entscheidung fällt, nachdem das Leibregiment erklärt, dass es sich in der ganzen Auseinandersetzung neutral verhalten will und eine Unterstützung der Republikanischen Schutztruppe ablehnt.

15. April 1919 – Warnung vor Geldhamstern und Lebensmittelwucher

München * Plakatanschläge der Räteregierung warnen vor dem „Geldhamstern“ und vor „Lebensmittelwucher“.

16. April 1919 – Die Wirtschaftskommission des Vollzugsrats droht Unternehmen

München * In einem Anschlag der Wirtschaftskommission des Vollzugsrats heißt es: „Wer sein Geschäft böswillig schließt, wird sofort dem Revolutionstribunal übergeben und sein Geschäft wird nationalisiert.“ Diese Anordnung gilt für Lebensmittelgeschäfte, Speditionen, Apotheken, Drogerien, Konditoreien und Cafés.

29. April 1919 – Max Leviens Diebstahl-Gerüchte werden dementiert



München * In Plakatanschlügen wird das in der Stadt umlaufende Gerücht dementiert, wonach Max Levien mit der Kasse der Kriegsgeschädigten durchgebrannt wäre.

26. August 1921 – Matthias Erzberger wird im Schwarzwald ermordet

Bad Griesbach im Schwarzwald * Der ehemalige Reichsminister der Finanzen, Matthias Erzberger, wird in Bad Griesbach im Schwarzwald ermordet. Die Attentäter sind Heinrich Tillesen und Heinrich Schütz, die der rechten Organisation Consul, dem Freikorps Oberland und dem Germanenorden angehören. Den Auftrag zu diesem politischen Fememord gab ihnen der Kapitänleutnant Manfred von Killinger im Monat des Anschlags.

29. August 1921 – Eine Republikschutz-Verordnung wird erlassen

Berlin * Nach der Ermordung des bayerischen USPD-Vorsitzenden Karl Gareis am 9. Juni und dem tödlichen Anschlag auf den Reichsminister der Finanzen, Matthias Erzberger, am 26. August erlässt Reichspräsident Friedrich Ebert eine Republikschutz-Verordnung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

8. November 1938 – Gryspans Bluttat zum politisch motivierten Mordanschlag hochstilisiert

München * Die nationalsozialistische Propaganda stilisiert Herschel Gryspans Bluttat zum politisch motivierten Mordanschlag aus Hass an den Deutschen hoch. Die Münchner Neuesten Nachrichten schreiben: „Wenn die internationale Judenschaft glaubt, mit Meuchelmorden das Judenproblem in Deutschland lösen zu können, dann nimmt Deutschland diese Herausforderung an und wird nicht zögern, sie so zu beantworten, wie sie Elementen gegenüber notwendig ist, die den Mord aus dem Hinterhalt als politische Waffe betrachten.“

26. August 1944 – Faulhabers Treueverhältnis gegenüber dem Führer

München-Kreuzviertel * Das Attentat vom 20. Juli 1944 bezeichnet Kardinal Michael von Faulhaber als „furchtbares Verbrechen“. In seiner Vernehmung vom 26. August „überschlug er sich geradezu in der Ablehnung und Verurteilung des Anschlags [...] und in seinem Treueverhältnis gegenüber dem Führer“.



13. Februar 1970 – Brandanschlag auf das jüdische Altersheim an der Reichenbachstraße

München-Isarvorstadt * Bei einem Brandanschlag auf das jüdische Altersheim an der Reichenbachstraße 27 kommen zwei Frauen und fünf Männer, darunter zwei Holocaust-Überlebende zu Tode.

1976 – Der Stadtrat beschließt das Anbringen einer Gedenktafel für Kurt Eisner

München-Graggenau * Der Stadtrat beschließt das Anbringen einer Gedenktafel für Kurt Eisner an der Kardinal-Faulhaber-Straße. Der Hausbesitzer Falk Volkhardt weiß die Anbringung der Erinnerungsplatte an der Fassade des Montgelas-Palais, das inzwischen zum Hotel Bayerischer Hof gehört, zu verhindern. Er verweigert die Anbringung der Gedenktafel mit seinen Bedenken, dass sich diese „geschäftsschädigend“ auswirken und die Tafel möglicherweise Sprengstoffanschläge und Beschädigungen provozieren könnte. Dieses Risiko will natürlich keiner der Verantwortlichen tragen.

10. Juli 1978 – Das Bayerische Kultusministerium schließt die Schack-Galerie

München-Lehel * Das Bayerische Kultusministerium schließt die Schack-Galerie. Die besten Stücke der Sammlung sollen in die Neue Pinakothek wandern, der Rest im Depot Aufnahme finden. „Angesichts der jüngsten Terroranschläge“, so die Begründung, sei „die Sicherheit der benachbarten Staatskanzlei“ nicht mehr garantiert. Erst der Protest von Museumsfachleuten, Fachverbänden und der Presse beendete das, wie sich die Süddeutsche Zeitung ausdrückt, das „Münchner Trauerspiel“.

26. September 1980 – Das Oktoberfest-Attentat

München-Theresienwiese * Freitag, 22:19 Uhr: Am Haupteingang der Wiesn explodiert ein Sprengsatz. Der Feuerball unterbricht die ausgelassene Volksfeststimmung auf dem Oktoberfest und tötet 13 Menschen. 211 Personen werden verletzt, davon 68 schwer. „Menschen wirbeln durch die Luft, Blut spritzt, zerfetzte Gliedmaßen, unglaubliche Schmerzen und verzweifelte Schreie, die nur die hörten, denen nicht gleich das Trommelfell platzte“. Einer der Toten ist der Geologiestudent Gundolf Köhler (21). Als die Rettungskräfte am Tatort eintreffen, finden sie in einem Umkreis von bis zu 23 Metern Verletzte und Tote verstreut auf der Straße liegen. Die die Detonation begleitende Druckwelle ist gewaltig gewesen. Noch in der Nacht



stehen für die Bayerische Staatsregierung die Schuldigen fest: Die RAF und linke Terroristen müssen für das Massaker verantwortlich sein. Ministerpräsident Franz Josef Strauß steht mitten im Wahlkampf. Er will Helmut Schmidt (SPD) als Bundeskanzler ablösen und hat sich selbst als starker Law-and-Order-Mann positioniert. Nun sieht Franz Josef Strauß seine Stunde gekommen. Er greift Innenminister Gerhard Baum (FDP) an, der für das Nachrichtenmagazin Spiegel eine Diskussion mit dem RAF-Anwalt und Ex-Terroristen Horst Mahler geführt hat. Strauß macht Baum für das Attentat mitverantwortlich, weil er den Terrorismus quasi salonfähig gemacht hat. Strauß fordert, dass sofort Flugblätter produziert werden, die Baum im Gespräch mit Mahler zeigen. Doch die Attacke gegen Links wird sich bald als Bumerang erweisen. Auf den Verdacht hin, dass es sich um einen Terrorakt handelte, leitet Generalbundesanwalt Kurt Rebmann zusätzlich ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt ein. Die Untersuchung liegt damit federführend beim Bund. Nach intensiven Beratungen mit Politikern, dem Polizeipräsidenten und den Veranstaltern entscheidet Oberbürgermeister Erich Kiesel noch mitten in der Nacht, das Oktoberfest nicht abubrechen, sondern nur einen Trauertag zu veranstalten. Man wolle und dürfe sich dem Terror, gleich von welcher Seite, nicht beugen. Bei dieser nicht unumstrittenen Entscheidung hat man auch das Beispiel der XX. Olympischen Spiele in München vor Augen, die trotz eines Terroranschlages zu Ende geführt worden waren.

13. Mai 1981 – SoKo Theresienwiese: Gundolf Köhler dürfte als Alleintäter gehandelt haben

München * Nach acht Monaten stellt die Sonderkommission Theresienwiese ihre Ermittlungen zum Oktoberfest-Attentat ein und präsentiert den 187-seitigen vorläufigen Abschlussbericht. 860 Spuren wurden verfolgt und in die puzzleartige Rekonstruktion der Tat eingepasst. Die Beamten haben 1.800 Zeugen vernommen und 1.500 Asservate begutachtet. Die Quintessenz lautet: „Gundolf Köhler dürfte als Alleintäter gehandelt haben. Für eine Mittäterschaft oder auch nur Mitwisserschaft anderer an dem Sprengstoffanschlag auf das Münchner Oktoberfest ließen sich keine konkreten Anhaltspunkte erkennen“. Seine rechtsextremistische Einstellung wird durch Nachforschungen bestätigt. Ebenso, dass er in den Jahren 1975/76 an Übungen der am 30. Januar 1980 verbotenen Wehrsportgruppe Hoffmann teilgenommen hat. Die These vom verwirrten Einzeltäter ist seitdem die offizielle Version.

18. September 1981 – Ein Mahnmal für die Opfer des Wiesen-Attentats

München-Theresienwiese * Einen Tag vor Eröffnung des Oktoberfestes 1981 wird am



Haupteingang zur Festwiese das Mahnmal für die Opfer des Bombenanschlags enthüllt. Oberbürgermeister Erich Kiesl ruft dazu auf, Lehren aus dem feigen Anschlag zu ziehen und Gewalt in jeder Form zu ächten. Das Mahnmal - geschaffen von Friedrich Koller - besteht aus einer 2,70 Meter hohen Bronzestele und trägt die Inschrift: „Zum Gedenken an die Opfer des Bombenanschlags vom 26. September 1980.“

Oktober 1982 – Die DWK verspricht Tausende Arbeitsplätze

Wackersdorf * Die Bayerische Braunkohlen-Industrie stellt den Braunkohleabbau bei Wackersdorf endgültig ein. Teile der ehemaligen Bergbauflächen und des überwiegend staatlichen Taxöldener Forstes stehen damit potenziell für ein Großprojekt zur Verfügung. Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) stellt für die Bauphase rund 3.000 Arbeitsplätze in Aussicht. Das zunächst veranschlagte Investitionsvolumen beträgt mehrere Milliarden D-Mark und steigt später auf etwa zehn Milliarden D-Mark.

7. Januar 1984 – Rechtsradikaler Brandanschlag auf die Diskothek Liverpool

München-Ludwigsvorstadt * Zwei rechtsextreme Täter, ein Münchner und ein Italiener, werfen zwei Benzinkanister in den Eingang der Diskothek Liverpool an der Schillerstraße 11a. Das Feuer verletzt die 20-Jährige Corinna Tartarotti so schwer, dass sie drei Monate später stirbt.

23. November 2017 – Bundesstaatsanwaltschaft stellt Brandanschlag-Ermittlungen ein

Karlsruhe - München-Isarvorstadt * Die Bundesstaatsanwaltschaft in Karlsruhe stellt die Ermittlungen zum Brandanschlag auf das damalige Zentrum der Israelitischen Kultusgemeinde Münchens an der Reichenbachstraße 27 ein. Dort waren bei einem Brandanschlag auf das jüdische Altersheim am 13. Februar 1970 zwei Frauen und fünf Männer, darunter zwei Holocaust-Überlebende zu Tode gekommen.
